

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

11.4.1930 (No. 87)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Rat-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 2515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Amend,  
Karlsruhe

**Bezugspreis:** Monatlich 9,25 RM. einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Reklamerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Forderung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Rat-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontowahlverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### \*Vor der Entscheidung

Der Reichszugler ist — offenbar in voller Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten — entschlossen, entweder heute oder in der morgigen Reichstagsitzung bei der dritten Lesung der Deckungsvorlagen die Entscheidung herbeizuführen. Der Worte sind nun genug gewechselt worden, ohne daß man wirklich zum Ziele gelangt wäre. Denn das vorgestern nachmittag abgeschlossene Kompromiß war gestern durch das Verhalten der Bayerischen Volkspartei wieder zerfallen worden.

Es handelt sich um die Biersteuererhöhung. Der Reichsfinanzminister war bekanntlich der Bayerischen Volkspartei dadurch entgegengekommen, daß er von 75 Proz. Erhöhung der Biersteuer auf 50 Proz. zurückging. Auch dieser Prozentfuß war und blieb der Bayerischen Volkspartei zu hoch; sie wollte bis 35, allerhöchstens bis 40 Proz. geben. Darauf hat sich der Reichsfinanzminister, gestützt auf die Meinung der übrigen Regierungsparteien, nicht eingelassen.

Es wird nun also alles auf die heutige Abstimmung ankommen. Kabinett und Regierungsparteien haben Vorfrage getroffen, daß Deckungsvorlagen und Agrarprogramm als ein in sich zusammenhängendes Ganzes zur Debatte gestellt werden. Der Modus procedendi ist der, daß die Abstimmung über die Deckungsvorlagen zuerst, und dann die Abstimmung über das Agrarprogramm stattfinden wird. Man wird ja dann sehr bald sehen, wie die einzelnen Parteien abstimmen.

Von entscheidender Bedeutung wird dabei die Haltung der Bayerischen Volkspartei und die der Deutschnationalen sein. Unter Umständen könnte schon die Stimmenthaltung der Bayerischen Volkspartei das ganze Werk gefährden, und zwar selbst dann, wenn das Groß der Deutschnationalen für die Deckungsvorlagen stimmen. Allgemein wird angenommen, daß die Deutschnationalen im Interesse des Agrarprogramms für die Deckungsvorlagen eintreten werden.

Jedenfalls stehen die Dinge jetzt auf des Messers Schneide. Die Deckungsvorlagen selbst bewegen sich auf der Linie des gestern mitgeteilten Kompromisses. Sie werden also auch die Erhöhung der Umsatzsteuer um ein Zehntel Prozent enthalten. Es ist dies der umstrittenste Punkt der ganzen Deckungsvorlagen. Von der Wirtschaft wird mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß eine Umsatzsteuererhöhung ein Anzeichen der Preisheraufbeschwörung werde, und daß erfahrungsgemäß ein solches Anzeichen der Preise wieder die Neigung zu neuen Lohnforderungen bedinge. Neue Lohnforderungen könnten aber in einer Zeit der Wirtschaftskrisis, in einer Zeit, die viel eher das Gegenteil von Lohnforderungen gebietet, nicht ertragen werden.

Nun, wir haben schon gestern an dieser Stelle betont, daß man froh sein müsse, wenn nun überhaupt das große Werk der Reichsfinanzreform unter Dach und Fach gebracht wird, und daß es demgegenüber auf einzelne Schönheitsfehler nicht so sehr ankommen dürfe. Allerdings muß man sich darüber klar sein, daß die Umsatzsteuererhöhung doch mehr als einen bloßen Schönheitsfehler bedeutet. Sie ist eine nicht unbedenkliche Maßnahme, und nicht umsonst hatten sich bisher die nichtsozialistischen Parteien und übrigens auch die Länder stets gegen eine solche Erhöhung gewandt. Aber man darf nicht vergessen, daß nicht allein die Umsatzsteuererhöhung, sondern auch das gesamte Agrarprogramm gewisse Veränderungen in der Preisgestaltung erwarten läßt. Es empfiehlt sich, diese Veränderungen abzuwarten und dann dazu Stellung zu nehmen. Von der Reichsfinanz- und Steuerreform und dem Agrarprogramm wird ja im allgemeinen eine Besserung der gesamten finanziellen und wirtschaftlichen Lage erwartet, und diese Besserung könnte im Zusammenhang mit der günstigeren Jahreszeit und der durch Annahme des Youngplans für uns günstiger gewordenen Situation auf dem Weltkapitalmarkt gewisse Schäden des Reformwerks mehr als ausgleichen.

Annahme des Youngplans in Belgien. Die belgische Kammer hat am Donnerstag in der Schlussabstimmung die Haager Vereinbarung mit 140 gegen 1 Stimme angenommen. Neun Mitglieder der flämischen Unabhängigkeitspartei, der sog. Frontisten, enthielten sich der Stimme. Die Kammer hat 187 Abgeordnete.

### Letzte Nachrichten

#### Klärung in Berlin

#### Einigung in der Biersteuerfrage

CNB. Berlin, 11. April. (Priv.-Tel.). Wie wir erfahren, ist es in den Verhandlungen der Regierungsparteien heute mittag gelungen, ein Kompromiß in der Biersteuerfrage zu finden. Diese Vereinbarung läuft auf eine annähernd 50prozentige Erhöhung hinaus. Die Freigrenze für die kleinen Brauereien fällt fort. Dafür ist durch Einzelbestimmungen Vorsorge getroffen, daß die bayerischen Bedürfnisse besonders berücksichtigt werden, so daß es auch der Bayerischen Volkspartei möglich war, dem Kompromiß ihre Zustimmung zu geben.

Damit sind die Schwierigkeiten in dieser Frage beseitigt. Die Parteien, einschließlich der Bayerischen Volkspartei, haben bereits einen Antrag unterzeichnet, der noch heute dem Reichstag eingebracht wird. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion beriet mittags um 1 Uhr nach. Mit der Einigung in der Biersteuerfrage wird aber auch die Gesamtlage allgemein optimistisch beurteilt.

M. Berlin, 11. April. (Priv.-Tel.). In politischen Kreisen wird die Lage außerordentlich ruhig angesehen. Man ist fest überzeugt, daß bis morgen abend alles in bester Ordnung sein wird, obwohl von deutschnationaler Seite immer wieder verbreitet wird, daß die Deutschnationalen gegen die Steuerentwürfe der Reichsregierung heute in der zweiten Lesung stimmen werden, was natürlich nichts für die dritte Lesung besagt, die morgen stattfinden soll. Aber es erscheint auch zweifelhaft, ob die Deutschnationalen heute die Deckungsvorlagen ablehnen.

Der kritischste Punkt, die Biersteuererhöhung, ist geklärt. Sie wäre auch bei einem Eintreten der Deutschnationalen gefährdet, wenn die beiden bayerischen Parteien auf ihrem Standpunkt verblieben wären.

Bei der scharf ablehnenden Haltung des Bayerischen Bauernbundes hat auch die Bayerische Volkspartei eine ziemlich schwierige Position. Man rechnet aber damit, daß selbst, wenn die Bayern sich weiter ablehnend verhalten hätten, der Widerstand auf der Linken nicht allzu groß werden könnte. Man hatte auch heute in der Reichstagsitzung die Erfahrung gemacht, daß bei den Sozialdemokraten kein übermäßiges Interesse an einer Reichstagskrise und -auflösung vorhanden ist. Als heute der Kommunist Forger den Antrag stellte, die Sitzung mit Rücksicht auf die neuen Anträge abzubrechen, wurde dieser Antrag im Hemmelraum mit 210 gegen 146 Stimmen abgelehnt, obwohl Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen über 212 Mandate verfügten. Man ist sich also darans, daß bei den Sozialdemokraten, genau wie bei der Abstimmung über den Militäransatz, bei dem auch 15 Abgeordnete, darunter der frühere Reichszugler Hermann Müller und der preussische Ministerpräsident Braun fehlten, Stimmenthaltungen stattfinden würden.

Die Aussprache in der heutigen Reichstagsitzung dürfte von sehr langer Dauer werden, da für die Agrartraktate noch eine besondere Redezeit von einer Stunde pro Fraktion bewilligt wurde.

#### Vor dem Abschluß der Londoner Konferenz

Nur ein Dreimächtepakt — Im übrigen Vertagung. WTB. London, 10. April. (Tel.). Die Londoner Konferenz steht vor dem Abschluß, der noch vor Ostern erfolgen soll. Zwischen England, Amerika und Japan ist ein Abkommen über ein Mariniprogramm erreicht worden, das alle Schiffskategorien umfaßt. England soll, so heißt es in den weiteren Abmachungen, mit Frankreich und Italien gemeinsam die Mittel suchen, um die Flottenherabsetzung des Dreimächtepakts auf alle fünf Mächte auszubehnen. Auf der Anfang nächster Woche stattfindenden Plenarsitzung soll eine Mitteilung über die Punkte erfolgen, über die sich alle fünf Mächte einig geworden sind. Von französischer Seite wird erklärt, daß diese Plenarsitzung das Ende der Konferenz bedeute. Die Besprechungen zwischen den drei europäischen Mächten Großbritannien, Frankreich und Italien werden jedoch fortgesetzt werden.

#### Die französische Bilanz in London

WTB. Paris, 11. April. (Tel.). „Journal“ zieht die Bilanz der Londoner Seeabstimmungskonferenz und schreibt u. a.: Frankreich hat sich von der schweren Washingtoner Hypothek freigemacht. Es hält an seinem Flottenbauprogramm fest; es gibt keine einzige Tonne frei; es hat das U-Boot-geschäft und dafür gesteuert, daß die Regelung des U-Boot-Krieges geschmeidig genug gestaltet wird, um wirksam zu bleiben; es hat eine Annäherung zwischen der englischen und der französischen Auslegung des Völkerbundsstatuts herbeigeführt, die die spätere Entwicklung von Sicherheitsgarantien erlauben wird. Nur zwei Schatten sind zu verzeichnen: Frankreich hat sich nämlich mit den Engländern über die Bewilligung des französischen Flottenbauprogramms nicht geeinigt und befindet sich in hartem Widerspruch zu der italienischen Forderung auf Flottenparität. Die Konferenz schließt aber nicht mit einer Reibung, die etwa nicht wieder gutzumachen wäre.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Um die Erhöhung der Reichsbahntarife — Elektroverförmung und Planwirtschaft

Vor kurzem hat der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, in einer Rede in Düsseldorf die Notwendigkeit von Erhöhungen der Reichsbahntarife vertreten, während der neue Reichsverkehrsminister, Guérard, dieser Tage eine allgemeine Erhöhung als nicht tragbar bezeichnet hat. Ein Randgebiet wie Baden, das weit von den Rohstoffzentren entfernt liegt, hat an dieser Frage natürlich besonderes Interesse. Nach den Ausführungen Dr. Dorpmüllers, die viel Zahlenmaterial brachten, ist die finanzielle Lage der Reichsbahn, die auch in den ersten drei Monaten dieses Jahres leider dauernde Rückschläge ihrer Betriebseinnahmen aufzuweisen hat, recht ernst. Zu denken muß es geben, daß die Personalkosten seit Errichtung der Gesellschaft sich um jährliche Millionen von rd. 750 Mill. erhöht haben, wogegen die Sachausgaben, die den größten Teil der Aufträge an die Wirtschaft darstellen und auch durch die Betriebsverbesserungen der Allgemeinheit, d. h. der Wirtschaft und dem Publikum zukommen würden, nicht gesteigert werden konnten. Es ist unbestreitbar, daß eine solche einseitige Ausgabendrosselung nicht haltbar ist, und daß Schiedsprüche zugunsten der Reichsbahnarbeiter die Sachlage berücksichtigen müssen, daß auf der anderen Seite seit 4 Jahren notwendige Arbeiten unterlassen und Arbeiter von Reichsbahnlieferfirmen dadurch brotlos gemacht wurden. Nach den Dorpmüllerschen Ausführungen beanspruchen die Personalkosten die Einnahmen von 205 Tagen im Jahr, die Reparationslast die von 47 Tagen, der Kohlenbedarf 21 Tageseinnahmen, so daß für die Unterhaltung und Erneuerung der Anlagen 78 Tageseinnahmen bleiben, während der Rest von 14 Tagen die Summen für Verzinsung und Rückstellungen aufbringen muß. Die jährliche Mehreinnahme von rund 700 Millionen reicht nicht einmal aus, die vermehrten Personalkosten zu decken. Die Gehälter der 300 leitenden Beamten beanspruchen, wie der Generaldirektor dabei mitteilte, ein Drittel einer durchschnittlichen Tageseinnahme, d. h. 8 Stunden im Jahr.

Die Tarifforderungen, die der Reichsbahn 150 Millionen Reichsmark Mehreinnahmen im Jahr bringen sollen, beziehen sich einmal auf eine Umgestaltung des Stückguttarifs, wogegen u. a. das Speditionsgewerbe protestiert, da dadurch der Wiederaufbau des Sammeladeverkehrs unmöglich gemacht und die Kleinfrachten dem Kraftwagen geradezu zugeführt würden. Ferner sollen die Ausnahmetarife revidiert werden, da die unteren Gütertarifklassen im Vergleich zur Vorkriegszeit nicht in dem Umfang wie die oberen Tarifklassen belastet seien. Die regulären Tarife im Personenverkehr sollen nicht erhöht werden, aber, da die Ausfälle zum größten Teil dadurch veranlaßt sind, daß nahezu drei Fünftel aller Reisenden Fahrpreisermäßigungen genießen, darunter 43 Proz. in Form von Monats- und Arbeiterwochentarten, diese Sache bei einer Erhöhung getroffen werden, zumal sie noch auf den alten 4. Klasse-Tarif aufgebaut seien und einen Wagenpark erfordern, der den größten Teil des Tages stillliegt.

Zu einer höheren Steuerlast soll bei der schwierigen Gesamtwirtschaftslage also auch noch eine höhere Verkehrsbelastung kommen, die sich möglicherweise auch auf die Höhe auswirkt. Der Reichsverband des deutschen Großhandels hat sich gleichfalls gegen eine allgemeine Tarifierhöhung ausgesprochen und will nur einer Neuordnung der Stückgut- und Expressguttarife zustimmen. Die finanzielle Entlastung der Reichsbahn könne nur auf dem Weg innerer Reformen geführt werden, auch müsse eine systematische Reform der Gütertarife in Angriff genommen und auf eine organische, volkswirtschaftlich rationale Zusammenarbeit zwischen Eisenbahn und Kraftwagen hingewirkt werden. Der Reichsbahn, die auch eine Sonderbesteuerung der Kraftwagentransporte verlangt (die ihr als Ausgleichsabgabe zugeführt werden soll), wird von anderer Seite entgegengehalten, daß die Kraftwagen der Bahn meist Verlustgeschäfte abnehmen und deshalb die verkehrstechnische Möglichkeit einer Zusammenarbeit durchaus gegeben sei. Den Zubringerverkehr durch Kraftwagen müsse sich die Reichsbahn nutzbar machen, und auch bedenken, daß nach der in Aussicht stehenden Einführung des Rohölmotors für Lastkraftwagen mit einer

Mit der Beilage: 48. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

starken Ermäßigung der Treibstoffkosten, also mit einer noch stärkeren Konkurrenz zu rechnen sei.

Der bekannte Ingenieur und Schöpfer des Deutschen Museums in München, Oskar v. Miller, hat auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums ein Gutachten über die **Elektrizitätsversorgung im Deutschen Reich** erstattet, das allerdings bereits in einem Hauptpunkt Widerspruch gefunden hat. Die Westdeutsche Elektrizitätsgesellschaft, AG., zu der sich u. a. das Badenerwerk, das RWG und andere große Elektrizitätswerke in Westdeutschland zusammengeschlossen haben, deren Erzeugungstätten bereits durch die große, von den Wasserkräften der Alpen bis zur rheinischen Kohle reichende Hochspannungsleitung verbunden sind, arbeitet in diesem bedeutendsten Absatzgebiet Deutschlands zusammen. Sie hat sich gegen einen etwa beabsichtigten Zwangsplan für die Elektrizitätsversorgung ganz Deutschlands ausgesprochen und schlägt den Weg freier Verständigung für die beteiligten Werke vor, die ja schon leither ständig erfreuliche Fortschritte mache. Dabei wird darauf verwiesen, daß ein Zwangsplan für den westdeutschen Wirtschaftsbezirk bereits als überholt anzusehen sei, da hier bereits eine Verbundwirtschaft, wie sie dem Miller'schen Plan vorschwebt, auf Grund organischer Entwicklung künftig zur Durchführung komme.

Es handelt sich also lediglich um gegensätzliche Anschauungen über den Weg, nicht über das Ziel selbst. Die andere große deutsche Gruppe ist die AG. deutsche Elektrizitätswirtschaft, welche die bayerischen und die im Eigentum Preußens und des Reichs befindlichen Elektrowerke zusammenfaßt. v. Miller wandte sich dagegen, daß die künftige Entwicklung der Elektrowirtschaft der freien Initiative der Industrie bzw. der Kommunen und Kommunalverbände überlassen bleiben sollte und verlangt einen einheitlichen Plan für die Stromversorgung im ganzen Reich, um ein Gegeneinanderwirtschaften und unrationelle Ausgaben für Werke und Leitungen zu vermeiden. Es sollen große Kraftquellen, vor allem im eigenen Land den Strom erzeugen (Neubauten mit einem Kostenaufwand von über 3½ Milliarden werden schließlich erforderlich sein), jedoch auch aus dem Ausland, wo es angängig ist, Strom bezogen werden. Nicht sollen jedoch mit hohen Kosten Anlagen für Einzelbedürfnisse, wie Bahnbetriebe, neu aufgebaut werden, während, wo das tatsächlich noch der Fall ist, bestehende Werke unvollkommen ausgenutzt sind. Das Höchstspannungsnetz dürfte sich nicht nur auf besonders günstige Konjunkturgebiete beschränken. Im übrigen gibt die Zeitschrift Anregungen bezüglich Vergrößerung der bestehenden Kraftwerke, Gewinnung neuer Energiequellen und zweckmäßige Gestaltung der Stromverteilung, die voraussichtlich von den Unternehmungen schon im eigenen Interesse berücksichtigt werden. Als Hauptziel bezeichnet es der Verfasser, der gesamten Bevölkerung (durch Haushaltstarife) die Vorteile des elektrischen Stroms dienstbar zu machen, und verlangt dazu alle volkswirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen, die einen **Abbau der Strompreise** gestatten. Hier wird auf das Beispiel des Auslands hingewiesen.

Der italienisch-österreichische Freundschaftsvertrag wurde von der italienischen Kammer in geheimer Abstimmung angenommen. Sämtliche 262 anwesenden Abgeordneten stimmten für den Vertrag.

### Der erste richtige Tonfilm in Karlsruhe

Seit einigen Tagen läuft in der Schauburg nach mehreren verfehlten und deshalb mißverständlichen Experimenten der erste Tonfilm, und zwar amerikanischer Ursprungs; ein deutsches Produkt soll an der gleichen Stelle bald folgen. Er heißt „the singing fool“, ist also jenes von den Tonfilm-Wirren hergestellte Fabrikat, das sich mittlerweile schon die Absatzmärkte fast aller Kontinente erobert hat. Solches geschieht natürlich in erster Linie unter der Parole der Aktualität und macht sich auch hier an der Tages- wie Abendkasse für die Exporteure zweifellos sehr vorteilhaft bemerkbar, aber man darf dabei doch nicht vergessen, daß gerade an diesem exemplarischen Wert eine neue Form des Kinos herauskriecht, die für die Qualität und Genüßung ausschlaggebender zu werden verspricht als alle bisherigen Filme.

Gewiß ließ schon immer die Filmindustrie reichlichen Raum für eine Musik, die jedoch als solche die Handlung kaum illustrieren noch irgendwie weitertreiben konnte. Es waren zufällig aneinandergereihte Begleitstücke meist, die und da wohl auch Originalmusiken, denen aber durch die Begrenzung auf den mehr oder minder großen Instrumentalkörper, weil ja nicht überall wie z. B. in Berlin vollbesetzte Orchester zur Verfügung stehen, an sich doch recht traditionelle Bahnen gewiesen waren. Es war die Zeit, wo man die Kinohäuser oft fluchtartig verließ, um dem Mißfall, den die fühlliche Impertinenz einer derartig musikalischen Vergewaltigung erregte, zu entgehen. Noch sind heute solche Restbestände falscher Anwendung des Klanglichen zu spüren, aber man muß sie halbwegs verzeihen, weil der wichtigen Teilfunktion der Musik eben durch die Kinooperatore selbst noch zuviel Schranken gesetzt sind, um zu einer unanfechtbaren künstlerischen Mitwirkung zu gelangen. Das nämlich ist auch gegen „the singing fool“ zu sagen: Seine Handlung gleicht im Grunde aufs Haar einem schauderhaft rührenden Melodram, und deshalb kann auch seine spezielle Musik nur in billiger oberflächlicher Weise gearbeitet sein und allenfalls dort ganz befriedigen, wo sie in dem bekannten Song zu wirklichem Lokalkolorit ansteigt und für Augenblicke wenigstens einen gewichtigen Vorstoß zu einer eigenartig neuen, darstellerisch wie musikalisch einheitlich fundierten Kinoform wagt. Das scheint zunächst vielleicht sehr gering im Hinblick auf den allgemeinen Mißfall, den dieser angeblich schon hundertprozentige Tonfilm überall herausgefordert hat. Aber vergessen wir erstens nicht, daß er ja von vornherein auf den schmalen Verband eines breiten internationalen Publikums zugeschnitten werden mußte, und zum zweiten ist es immerhin Erfolg genug, wenn es überhaupt zu einem kleinen Teil gelang, gehobene Sprache und reine Musik auf eine Ebene zu übertragen, auf der bis jetzt zwar „Kunst“ als falsch verstandenes Schlagwort dominierte, doch jede mögliche Annäherung peinlichst mied.

### Die Deckungsvorlagen im Reichstag

Der Verlauf der Donnerstagssitzung

Im Reichstag sollte am Donnerstag die zweite Beratung der Deckungsvorlagen erfolgen, aber der trübselige Zustand, unter dem die Zusammenkunft der Regierungsparteien gerade heute besonders hart zu leiden hatte, ließ es zu einer wirklichen Beratung nicht kommen. Die Regierungsparteien waren noch nicht in der Lage, eine Erklärung abzugeben, weil sie mit der Bayerischen Volkspartei noch nicht ganz einig sind und weil auch über die Haltung der Deutschnationalen noch keine Klarheit geschaffen ist. So soll die zweite Beratung nach dem Wunsch der Regierung heute, Freitag (die Sitzung begann schon um 11 Uhr) erledigt werden, aber kein Mensch weiß, was noch alles dazwischentommen kann.

Reichsfinanzminister Dr. **Moldenhauer** leitete am Donnerstag die Aussprache ein mit Ausführungen, in denen er bedauernd feststellte, daß der Ausschuss von seinen Deckungsvorlagen nur noch einen **Torso** übrig gelassen habe, zumal auch das Kernstück, die Biersteuer, im Ausschuss abgelehnt wurde. Da die Regierung aber mit allen verfassungsmäßigen Mitteln schleunigst die Sanierung der Reichskasse und die steuerliche Entlastung der Wirtschaft durchzuführen wolle, werde sie dem bekannten Kompromißantrag der Regierungsparteien zustimmen, das die Biersteuer statt um 75 Proz. nur um 50 Proz. erhöhen und als Ausgleich dafür eine Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer und die Sonderumsatzsteuer für Umfäße über einer Million bringen will.

Dieser Kompromißantrag lag dem Reichstag aber noch nicht gedruckt vor, ebensowenig wie die vielen Änderungsanträge, die von anderen Parteien eingebracht waren. Darum stimmte die Mehrheit dem sozialdemokratischen Antrag zu, die Sitzung um einige Stunden zu unterbrechen.

In dieser Pause kam allerhand zusammen, um die Schwierigkeiten der Regierungsparteien zu vergrößern. Die Hoffnung, daß die Bayerische Volkspartei ihren Widerstand gegen eine Biersteuererhöhung um 50 Proz. aber wenigstens um 40 Proz. aufgeben würde, verwirklichte sich nicht. Man hätte vielmehr, daß die Bayern höchstens eine 20prozentige Erhöhung bewilligen und im übrigen sich der sozialdemokratischen Forderung eines **Notopfers** durch 10prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer bei Einnahmen über 8000 RM anschließen wollen. Inzwischen hatten auch die Deutschnationalen den Schachzug gemacht, in der Form von Änderungsanträgen zur Vorlage über die **Mineralsalzölle Agrarvorkaufserhöhungen** zu fordern, die in einigen Punkten über das Schiele-Programm noch hinausgehen. Damit würde die Absicht der Regierung durchkreuzt werden, das Agrarprogramm erst nach vorheriger Annahme der Deckungsvorlagen zu erledigen.

So fanden die Dinge, als um 17.30 Uhr die Plenarsitzung wieder eröffnet wurde. Der sozialdemokratische Abg. **Reil** ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, um der Regierung vorzuhalten, wie groß ihre Abhängigkeit von den Fraktionen der Regierungsparteien, aber auch von der noch in der Opposition befindlichen Deutschnationalen Volkspartei sei. Das als starke Regierung angeführte Kabinett Brüning sei in Wirklichkeit die schwächste Regierung, die je vor dem Reichstag gestanden habe. Reil lehnte den Kompromißantrag der Regierungsparteien und mit besonderer Schärfe die **Barenhaussteuer** ab.

Nachdem noch der Kommunist **Ende** eine heftige Kampfrede gegen die Regierung und Sozialdemokratie gehalten hatte, mußte die Weiterberatung auf heute vertagt werden. Die auf der Nebenliste stehenden Abgeordneten des Zentrums und der Deutschen Volkspartei wollten angesichts der ungelärten Lage heute noch nicht sprechen.

### Die heutige Freitagssitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. **Dittmann** (Sozdem.) zur Geschäftsordnung, es widerspreche den Bestimmungen der Geschäftsordnung, wenn heute Änderungsanträge eingebracht sind, die gar nichts mit den Vorlagen zu tun haben, zu denen sie gestellt sind. Es sei also unzulässig, wenn eine Umsatzsteueränderung als Änderungsantrag zur Biersteuer oder eine Agrarvorlage als Änderungsantrag zum Benzolöl eingebracht wird.

Präsident **Röbe** teilt dazu mit, daß nach einem Beschluß des Ältestenrates für die Zukunft ein solcher Mißbrauch der Änderungsanträge verhindert werden, aber heute nichts dagegen unternommen werden soll. Hierauf wird die zweite Beratung der Deckungsvorlagen fortgesetzt.

Abg. Dr. **Föhr** (Zentr.) gibt im Namen der hinter der Regierung stehenden Parteien, mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei, eine Erklärung ab des Inhalts, die Parteien würden trotz mancher Bedenken den Deckungsvorlagen zustimmen, um die dringend notwendige Sanierung der Reichskasse und Entlastung der Wirtschaft zu ermöglichen. Sämtliche hinter der Regierung stehenden Parteien hätten gestern den Initiativantrag zum **Agrarhilfsprogramm** unterschrieben. Sie würden sich aber bei einer Ablehnung der Deckungsvorlagen an diese Unterzeichnung nicht gebunden fühlen und würden sie in diesem Fall zurückziehen. (Beifall.) Wir betrachten die Ordnung der Finanzen des Reiches zugleich als die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft, die wiederum Voraussetzung ist für die Behebung der sozialen Notstände. Mit unserer Zustimmung zu den Vorlagen geben wir dem festen Willen Ausdruck, eine **gesündliche Finanzreform** und **Steuerentlastung** mit aller Beschleunigung in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, mit aller Deutlichkeit auf die Konsequenz einer Ablehnung des Finanzprogramms hinzuweisen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung beantragt Abg. **Förgler** (Komm.) Ablehnung der Änderungsanträge, mit denen das Agrarprogramm und die Umsatzsteuererhöhung durchgeföhrt werden soll, von der Tagesordnung.

Das Abstimmungsergebnis über diesen Antrag — die Deutschnationalen sind nur durch wenige Mitglieder vertreten — bleibt zunächst zweifelhaft. Es muß ausgegahlt werden. Im Sammelspruch stimmen die inzwischen aus der Fraktionslösung zurückgekehrten Deutschnationalen mit den Regierungsparteien gegen die Ablehnung. Der Antrag Förgler wird mit 210 gegen 146 Stimmen abgelehnt. (Beifall bei den Kommunisten.)

Auch ein weiterer kommunistischer Antrag, die Sitzung jetzt zu beenden und morgen die Agrarvorlage zu beraten, wird abgelehnt, der Vorschlag des Präsidenten, die Änderungsanträge an die letzte Stelle der Tagesordnung zu setzen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Zur Einzelberatung kommt zunächst die Änderung der **Tabak- und Zucksteuer**.

Für Änderung des **französischen Kammerwahlrechts**. Der radikale Abgeordnete **Lambert** hat, in der französischen Kammer einen Gesetzesantrag eingebracht, der die Beteiligung des zweiten Wahlganges für die Kammerwahlen und die Anwendung des englischen Wahlsystems vorschlägt.

Im **Wahlstimmengewerbe Deutschlands** wurde ein Schiedspruch gefällt, der die Arbeitszeitverkürzung des Braunschweiger Schiedspruch befestigt und die Löhne um 2 bzw. 1 Pf. erhöht.

### Zum innerbadischen Finanz- ausgleich

Die Abänderungsvorschläge der Regierungsparteien zum Finanzgesetz und Staatsvoranschlag für 1930/31

Die Regierungsparteien haben nach gründlicher Prüfung des Entwurfes zum Finanzgesetz 1930/31 dem Landtag eine Reihe von **Abänderungsvorschlägen** unterbreitet. Maßgebend hierfür war nicht nur der erste Wille, den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung zu tragen, sondern auch vor allem soziale Erwägungen und das Streben zu einem möglichst gerechten und für alle Teile tragbaren Ausgleich zu kommen.

Der Anteil der **Gemeinden an den Überweisungssteuern** soll wieder auf 35 Proz. erhöht werden. Das Land wird also statt der von der Regierung vorgeschlagenen 66½ Proz. nur 66 Proz. erhalten. Zahlenmäßig bedeutet diese Kürzung für das Land einen Ausfall von jährlich rund 1,5 Millionen Reichsmark. Um diesen Betrag verbessert sich die Überweisung für die Gemeinden. Den Ersatz hierfür verschafft sich das Land dadurch, daß es den Anteil der **Wohnungsfürsorge an der Gebäudesondersteuer** um den gleichen Betrag kürzt. Eine Schädigung des Wohnungsbaues tritt dadurch nicht ein, weil an Stelle der ausfallenden Gebäudesondersteuer 2 Millionen aus Anleihen zur Verfügung gestellt werden.

Ferner soll die von der Regierung als **Notabgabe** vorgeschlagene **Einwohnersteuer** mit einem Gesamtergebnis von je 1,3 Millionen Reichsmark für Land und Gemeinden in Wegfall kommen.

Ebenso soll der von der Regierung gleichfalls als **Notabgabe** vorgesehene **außerordentliche Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer** in Höhe von 15 Prozent, dessen Gesamtergebnis auf 1,7 Millionen Reichsmark jährlich geschätzt war, wegfallen.

Zum Ersatz für den dadurch dem Lande entstehenden Ausfall in Höhe von 1,8 + 1,7 = 3,5 Millionen Reichsmark, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

Zunächst bei verschiedenen Ausgaben der **Forstverwaltung** eine Kürzung der Voranschlagsätze in Höhe von 200 000 RM jährlich. Dazu kommt eine weitere Einsparung von sonstigen Ausgabeposten von jährlich 185 000 RM.

Bei der **Wasser- und Straßenbaudirektion** soll der für die Unterhaltung und Verbesserung der Landstraßen vorgesehene Betrag um jährlich 700 000 RM gekürzt werden.

Die **Ablieferung der Amortisationskasse** an die allgemeine Staatskasse sollen um jährlich 150 000 RM erhöht werden. Diese Maßnahme erschien mit Rücksicht auf die Ablieferung der wirtschaftlichen Unternehmungen an die Amortisationskasse möglich.

Weiter wird aus den **Verwaltungsgebühren** im Etat des Ministeriums des Innern gegenüber dem Voranschlagsätze eine Mehreinnahme von jährlich 800 000 RM erwartet. Dazu kommen 950 000 RM für die allgemeine Staatskasse, die durch eine nochmalige Kürzung des Anteiles der staatlichen **Wohnungsfürsorge an der Gebäudesondersteuer** gewonnen werden. Durch diese Kürzungen, Einsparungen und Mehreinnahmen wird der Ausfall des Landes mit 3 Millionen bis zum Betrage von 2,985 Millionen wieder ausgeglichen.

Wenn die Vorschläge der Koalitionsparteien angenommen werden und zur Durchführung gelangen, so verlieren die **Gemeinden** im Durchschnitt der Jahre 1930/31 jährlich nur mehr rund 3,4 Millionen Reichsmark, und zwar durch den Wegfall der 72-Millionen-Grenze bei den Steuerüberweisungen und durch die Übernahme des ganzen Lastenausgleichsstandes in Höhe von 500 000 RM auf die Gemeinden. Sie gewinnen jedoch statt dessen jährlich rund 5,3 Millionen Reichsmark, und zwar: durch die Schulgelderhöhung 1,050 Millionen Reichsmark, durch die Mineralsalzölle 1,4 Millionen Reichsmark, aus der Gebäudesondersteuer 2,380 Millionen Reichsmark, aus dem Beitrag der freien Berufe zur Gewerbeertragsteuer 800 000 Reichsmark.

Ein weiterer finanzieller Vorteil entsteht den Gemeinden noch durch die **Erhöhung der Altersgrenze** bei den Gemeindebeamten, durch den **Wegfall der Bestehensnorm bei den Lehrern**, durch die Übernahme von **Kreisstrafen** auf das Land. Insbesondere gewinnt Mannheim, wenn dort die örtlichen Sonderzuschläge, wie beim Staat, in Wegfall kommen, weitere 400 000 RM. Nach den neuesten Mitteilungen aus Berlin ist eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 v. S. beabsichtigt. Dadurch würden den Gemeinden weitere 500 000 Reichsmark zufließen.

### Die Vertreter der Gemeinden im Haushaltsausschuss

Donnerstag nachmittag war den **Gemeindenvertretern** Gelegenheit geboten, ihre Wünsche hinsichtlich **Steuerentlastung** vor den Mitgliedern des Haushaltsausschusses vorzutragen. Diese Vorträge nahmen etwa drei Stunden in Anspruch.

Daran anschließend fand eine Sitzung des **Ausschusses** statt, in welcher Abg. **Rüdert** (Sozdem.) als Berichterstatter einen Überblick über die Verteilungsschlüssel zwischen Reich und Ländern mit den einschlägigen Bestimmungen gab und u. a. feststellte, daß entgegen den Darlegungen eines Oberbürgermeisters, die 72-Millionen-Grenze im Jahre 1925 ausdrücklich nur für den Fall festgesetzt wurde, solange die Ausgaben des Staates durch die Bevölkerungserhöhung nicht wesentlich größer werden. Die **Reichsbesoldung** des Jahres 1927 habe aber die Ausgaben des Landes derartig erhöht, daß die damals festgesetzte 72-Millionen-Grenze nicht mehr eingehalten sei.

Bei der Beratung wurde von der Regierung festgesetzt, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer für uns in Baden einen **Nachteil** bedeute, während z. B. die Hanfsstädte erheblichen Vorteil davon hätten. Die Schuld läge darin, daß die Verteilungsschlüssel für die Umsatzsteuer und für die Einkommensteuer verschieden sind.

Von liberaler Seite wurde die Änderung der **Steuerverteilung** zwischen Land und Gemeinden nicht gutgeheißen, denn der Steuerzahler müßte die Steuer ja doch zahlen, ob Staat oder die Gemeinden mehr oder weniger Anteil am Steuerertrage hätten. Unter diesen Umständen, da doch keine

Erleichterung möglich sei, sei eine Änderung nur ein Grund zur Ursache.

Finanzminister Dr. Schmitt erklärte, die Verschiebung werte erzieherisch auf die Gemeinden. Die von den Städten heute vorgelegte Übersicht vergleiche die Jahre 1928 und 1930. Ein Vergleich mit dem Jahre 1929 hätte für die Städte bei weitem nicht ein solch ungünstiges Ergebnis gezeigt. Wenn die Umfahsteuer an Stelle der Biersteuer trete, dann sei die Lage der Gemeinden noch günstiger.

Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß der Weg der Anleihen nicht gangbar sei.

Sobald wurde die Einstufung der Gemeindebeamten in die Debatte gezogen. Die Gemeinden würden nicht in dem Maße gedrückt, wie es den Anschein habe. Manche hätten Vorteile, andere würden allerdings geschädigt. Der Ausgleichsfonds diene zur Regelung in solchen Fällen.

### Die letzte Fahrt der Königin von Schweden

Der Sonderzug, der die sterblichen Überreste der Königin von Schweden nach Simelebrunde brachte, passierte am Donnerstagabend Berlin. Auf dem Bahnhof Bismarckstraße fand eine Begrüßung des mitfahrenden Königs und der Trauergemeinde statt.

In Simelebrunde traf der Zug 12 Uhr nachts ein. Außer einer gewaltigen Menschenmenge hatten sich die Spitzen der militärischen und der zivilen Behörden zum Empfang eingefunden. Generalsuperintendent D. Köhler (Stettin) hielt am Sarg eine kurze, ergreifende Ansprache. Der König kniete am Sarge nieder und betete leise. Dann dankte er allen, die zum Empfang gekommen waren und sagte, es sei gut, daß die edle Königin ausgereicht habe, sie habe schweres Leid ertragen. Während jodann die Schiffkapelle des Schlachtschiffes „Drottning Victoria“ einen schwedischen Trauermarsch anstimmte, wurde der Sarg auf das Schiff getragen und auf dem Hinterdeck aufgebahrt. Unter Trauermusik bewegten sich heute Freitag, gegen 1/2 11 Uhr morgens, die schwedischen Schiffe vorwärts.

In Stockholm fand am Donnerstagnachmittag in der deutschen St. Vertrübtskirche ein Trauergottesdienst statt. Anwesend waren der schwedische Kronprinz und alle in Stockholm anwesenden Mitglieder des Königshauses, desgleichen der schwedische Ministerpräsident und die Spitzen der Behörden. Die deutsche Kolonie war vollständig erschienen. Die Gedendrede hielt der deutsche Hauptpastor Ohl, der Sohn des früheren Hofpredigers am Berliner Dom und späteren Generalsuperintendenten Ohl. Pastor Ohl hob besonders die guten Beziehungen der toten Königin zu ihrem Geburtslande und zum Deutschland in Schweden hervor und ihre liebevolle Fürsorge der Kranken und Armen. Das Lieblingslied der Königin „Gatte, meine Seele“, schloß die Trauerfeier ab.

### Die Fahrt des „Falle“ vor Gericht

Vor dem Hamburger Schwurgericht begann am Mittwoch das gerichtliche Nachspiel der Piratenfahrt des Dampfers „Falle“ nach Venezuela. Angeklagt sind die Redner des Schiffes, Kaufmann Krenslau und Profurist Kramarsch, beide in Hamburg, und der Kapitän Zippelitt.

Der Dampfer „Falle“ ging am 9. Juli 1929 nicht zunächst nach Danzig, wie zuerst verlautete, sondern nach Odingen. Dort wurden Waffen an Bord genommen. Die Mannschaft verweigerte die Arbeit, wurde aber beruhigt, nicht zuletzt durch die Aufsicherung einer Qualifikation und einer Feuererhöhung. Nach Kapitän des Kanals trat der Charakter des Unternehmens klar zutage: Die Kisten mit Waffen wurden geöffnet, die Passagiere entpuppten sich als venezolanische Rebellen. Geplant war ein Aufbruch in Venezuela. Weiter des ganges war der auf dem „Falle“ mitfahrende General Delgado. Endlich kam der Tag der Landung vor Cumana. Am Ufer entwickelte sich eine Schießerei, in deren Verlauf der Rebellenführer Delgado getötet und mehrere Personen verwundet wurden. Der Dampfer „Falle“ ging folglich auf die offene See hinaus und warf in Port of Spain Anker.

Die gefaschte Schiffsmannschaft wandte sich an die englischen Behörden und an den deutschen Konsul, der im September für ihre Heimbeförderung sorgte. Neben der Hamburger Verhandlung wegen Menschenraub läuft in gleicher Sache eine Klage beim Reichsgericht wegen der Waffenladung.

### Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird außer der schon bekanntgegebenen Mittelmeerfahrt am 1. Mai, der Nordseeahrt am 25. oder 26. April und den Reisen nach der Schweiz, Spanien, Nord- und Südamerika, am 22. oder 23. April eine Fahrt nach dem Mittelrhein bis Bonn unternehmen. Dort ist bei günstiger Witterung eine Zwischenlandung vorgesehen.

In Saarbrücken hat die 12jährige Mörderin Katharina Niefer nach langem Reuen eingestanden, daß sie die 33jährige Annemarie Scholtes, deren Leiche am 31. März in einer Sandgrube am alten Friedhof in Saarbrücken aufgefunden wurde, getötet hat. Sie hat jetzt auch zugegeben, daß die Zahl der von ihr auf schmerzliche Mißhandlungen Kinder weit größer ist, als man zuerst annehmen konnte.

Berlins 100 000 Kraftwagen wurde am Donnerstagnachmittag vom Kraftverkehrsamt zugelassen.

Aus Norditalien werden schwere Hagelschläge gemeldet. An verschiedenen Orten haben die Saaten schweren Schaden erlitten. Die Obstplantagen sind an vielen Orten vernichtet worden.

Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung Valästinas ist zur Zeit damit beschäftigt, die Heuschrecken zu vernichten, die in ungeheuren Schwärmen in das Land eingefallen sind und bereits unübersehbaren Schaden angerichtet haben.

Eine von Kansas hereinbrechende Eiswelle ließ die Temperatur innerhalb weniger Stunden von 10 Grad Celsius auf 32 Grad Celsius steigen. Es war der heißeste Tag, den Chicago je zu dieser Jahreszeit zu verzeichnen hatte. Aus Milwaukee und anderen Städten des Staates Wisconsin wurde ebenfalls eine Temperatur von 32 Grad und aus Cedar Rapids (Iowa) eine solche von 40 Grad Celsius gemeldet.

### Aus der Landeshauptstadt

Schülerbesuch im Landestheater. Vergangenen Dienstag und Mittwoch haben etwa 2100 Schüler und Schülerinnen der näheren und weiteren Umgebung unser Landestheater besucht. Man war u. a. aus Wülferthal, Gernsbach, ja sogar aus Offenburg gekommen. Zur Aufführung gelangte jeweils Heinrich von Kleists Lustspiel „Das Käthchen von Heilbrunn“.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Über Europa ist der Druck seit gestern wieder gestiegen und hat einen zunächst flachen Hochdruckrücken erzeugt, der von Rußland bis zum Nordatlantik reicht. Dadurch ist Mittel-europa bis auf weiteres dem Zufrom maritimer Luft abgeschnitten. In unserem Gebiet trat inzwischen verbreitete Auf-heiterung unter dem Einfluß eines Teilhochs in Süddeutsch-land ein. Bei der entstehenden Luftdruckverteilung werden wir das trockene Wetter behalten. Wetterausichten: Vorwie-gend heiter und trocken, tagsüber warm bei schwacher Luft-bewegung, örtliche Frühnebel in den Niederungen, freie Hoch-lagen leichte Nachfröste.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

(54. Sitzung)

DJ. Karlsruhe, 11. April.

Nach Bekanntgabe der Eingänge beriet der Schriftführer Abg. Fischer (Dem.) die Regierungsantwort auf eine kurze Anfrage der Abg. Kösch und Großhans (Sozdem.) betr. völlige Aufhebung der Fahrverordnungen für den kleinen Grenzverkehr Baden-Schweiz. Die Regierung wird im Sinne weiterer Erleichterungen bei der zuständigen Reichsstelle tätig sein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Baum-gartner (Zentr.) eine Erklärung zur Rede des demokratischen Abg. Hügle bei der Dotationsdebatte ab. Vesterer hatte darauf abgehoben, daß ein hoher Beamter des kath. Oberstiftungsrats von einer „sogenannten Parität“ gesprochen habe. Dazu äußert sich Oberfinanzrat Hoffmann, der jene Unter-ordnung führte, im Sinne einer Nichtigstellung. Der kath. Oberstiftungsrat als solcher und auch er persönlich als Sach-bearbeiter hätten sich wiederholt für eine andere Regelung der Dotationen im Sinne der Parität der kirchlichen Oberbehörde gegenüber ausgesprochen.

Darauf wird

### Die Finanzdebatte

fortgesetzt. Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) stellt die starke Steigerung des Personalstands bei den Forsten — um 23 Proz. — fest, ebenso ein außerordentlich starkes Anwachsen der Aufwendungen für die Waldbaukultur. Man habe eine fünftägige Verzögerung zu verzeichnen, die sehr stark auf Kosten der natürlichen Verzögerung ging. Die Holzindustrie brauche Startkapital. Der Kampf um das neue System sollte endlich zum Abschluß kommen. Den Leistungen der Vergangenheit dürfe man die gerechte Aner-kennung nicht verweigern. Auf keinem Gebiete verbleibe den leitenden Beamten ein so hohes Ausmaß freier Initiative wie in der Forstverwaltung. Güten müsse man sich vor der Über-schätzung der Bedeutung von Neuerungen. Anerkennung ver-diene die Energie, mit der der Landesforstmeister an seine Auf-gabe herantreten sei. Für die Holzwirtschaft des Grenz-gebietes sollte man angesichts der Ausfuhrschwierigkeiten nach der Schweiz bessere Abnahmeverbindungen im Inlande schaffen. Die Domänenverwaltung arbeite vorbildlich für die Landwirt-schaft. Zu warnen sei vor der Anlage neuer Betriebe. Die Frage der Besetzung der Aufsichtsräte der wirtschaftlichen Un-ternehmungen des Staates müßte einmal angehtitten und grundföhrlich geregelt werden. Auch die Salinen arbeiteten gut. Der Redner beschloß sich dann mit der Frage der Konzes-sionierung von Autolinien. Man sollte hier weitberzig ver-fahren. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß auf seiner Seite bisher von Abtrichströgen Wöband genommen worden sei, weil der Gesamtüberschub über die Finanzen noch nicht vor-lag. Es werde unter Umständen eine Generalkorrektur not-wendig sein, da eine Steuererhöhung für den Staat in dieser Zeit nicht vertreten werden könne.

Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmitt geht auf verschiedene Einzelfragen ein. Die gerügte Reklame des Badenwerks ist auch vom Ministerium beanstandet worden. Der Aufschuß für die Staatsarbeiter ist in die einzelnen Kosten hineinverarbeitet. Beim Finanzministerium werden demnächst zwei Stellen frei, die eine durch Abtritt in den Gemeindebereich, die andere durch Tod. Der hohe Personalaus-wand der Forstverwaltung von 1,8 auf 2,2 Millionen ist eine Folge der Besoldungsordnung. Was die hohen Kulturkosten anlangt, so weist der Minister darauf hin, daß in unseren Waldungen mehr Holz geschlagen werden muß, als es dem ordentlichen Nachwuchs entspricht. Die Folge sei, daß sich die Kulturen rasch mehren. Die Waldrente sei zwar eine ge-ringe, aber sichere. Viele Forstamtsvorstände haben sich auf das System des Landesforstmeisters eingestellt. Von autorita-tiver Seite des In- und Auslandes sei anerkannt worden, daß die badische Forstwirtschaft auf der Höhe stehe. Er, der Mi-nister, sei verantwortlich dafür, daß kein Systemwechsel eintritt. Den Forstamtsvorständen und Forsttraten gegenüber habe er stets Gerechtigkeit walten lassen. Die Forsträte hätten das Recht der freien Forschung und Initiative. Der Minister spricht



### Lehrerin Fräulein G.

wird von den Kleinen, die mit einer beinahe zärtlichen Ver-ehrung an ihr hängen, „unser Fräulein“ genannt.

„Weißt Du, Mutti, unser Fräulein trinkt immer Kaffee Hag. Sie hat gesagt, daß Kaffee Hag sogar Kindern nicht schadet. Das Coffein, das sonst im Bohnenkaffee drin ist, wird aus dem Kaffee Hag herausgezogen. Dabei schmeckt er genau so, wie der allerfeinste andere Kaffee.“

Und dann ist in jedem Paket ein Gutschein für schöne bunte Wappenmarken. Elly hat schon 'ne ganze Menge. — Mutti, nicht wahr, Du kaufst jetzt auch Kaffee Hag? Soll ich gleich welchen holen? Das große Paket kostet RM 1.80. Das kleine nur 90 Pfg.“

Colosseum. Der Vorverkauf zu dem Gastspiel der Senation- und Laubühne Berlin „Der Mann, der seinen Namen änderte“, von Edgar Wallace, hat im Zigarrenhaus Mehl-Edel Walditz und Kaiser-Passage, begonnen. Ab heute, Frei-tag, abends 8 Uhr, bis einschl. Sonntag, den 13. d. M., ge-langt „Das tolle Mädel“, Schwank in drei Akten mit Ge-sang- und Tanzszenen, von Hugo Lindemann zur Auffüh-rung.

dann seine Mißbilligung über die Schrift des pensionierten Oberforsttrats Dr. Eichhorn aus. Wohin soll es führen, wenn Ruhestandsbeamte gegen frühere Vorgesetzte zu Felde ziehen und dazu noch in unlokaler Form?

Aus einer vergleichenden Darstellung mit Württemberg zieht der Minister den Schluß, daß unser Waldsystem und Wald-ertrag abhängig sind von der spezifisch badischen Eigenart, und daß kein Anlaß besteht, irgend einen Vorwurf zu erheben. Zum 1. Mai sollen die Holzdurchfuhrtarife für ausländisches Holz erheblich erhöht werden.

Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Landes liegen in den Händen hervorragender Sachkennner und finden auch im Auslande verdiente Anerkennung. Für den Staat bestehe weder eine Notwendigkeit, die Staatsbrauerei Rothaus zu behalten, noch sie zu verkaufen. Wer sie kaufen will, muß auch die damit verbundenen volkswirtschaftlichen und sozialen Belange erfüllen.

Abg. Hagin (Wirtsch.- u. Bauernp.) anerkennt, daß unsere Domänen vorbildlich wirtschaften. Man möge den Gemeinden in der Frage der Wasserversorgung beistehen. Für den Ober-forsttrat Dr. Eichhorn handle es sich um eine Gewissensfrage. Wir müssen froh darüber sein, daß unser Wald durch völlige Ausbeutung nicht dem Ruin zugeführt wurde. Versuche, die Rendite zu verbessern, seien zu begrüßen. Den alten Trägern der Forstwirtschaft sei zuzugelassen, daß auch sie aus Pflicht-gefühl heraus ihr ganzes Leben dem badischen Wald gewidmet haben.

Abg. Weert (Nat.-Soz.) findet die persönlichen Ausgaben im Vergleich zum sachlichen Aufwand zu hoch. Die Erträge aus den Jagden erscheinen dem Redner zu gering veranschlagt. Er trägt dann Wünsche bezüglich der Straßengesetzgebung vor, stellt die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Rothausbrauerei für den Hochschwarzwald fest und begründet schließlich die An-träge der nationalsozialistischen Fraktion betr. Laubstreu-mung, Verwendung der reichhaltigen Gebäude im besetzten Ge-biet und betr. die Zementlieferungen für das Schluchsewer. Den Finanzzetat lehnen die Nationalsozialisten ab.

Präsident Duffner gibt Abänderungsanträge der liberalen Arbeitsgemeinschaft bekannt.

Abg. Gohse (D. Dem. P.) unterstreicht die große Bedeu-tung des Finanzministeriums, die weit hineinreicht in das Wirtschaftsleben wie in das Leben des Einzelnen. Es dürfte besser sein, in der unmittelbaren Raubbetätigung der Hochbau-verwaltung etwas zurückzuführen und sich getreu dem alten Staatsprinzip mehr auf die Verwaltung und Kontrolle zu be-schränken. Auch von neuen Betrieben der Domänenverwaltung sei abzuraten. Mit dem Minister geht der Redner darin einig, daß die höheren Forstbeamten nicht nur wissenschaftlich arbeiten, sondern sich nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse auch praktisch betätigen können. In der Schrift des Oberforst-trats Eichhorn sei nichts Staatsgefährliches zu erblicken. Die Bedeutung der Landstrafen habe sich gewaltig gehoben. Doch wollen wir es als kein Unglück betrachten, wenn wir in diesem Augenblick nicht in größerem Umfang Straßentauten durch-führen. Erwünscht sei auf dem Lande ein stärkerer Wille zur Feldbereinigung. Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit den staatlichen Unternehmungen unter Herausstellung der sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkte. Schließlich äußert er sich grundföhrlich zur Beamtenpolitik. Der Abbau sei die ungeeig-neteste Maßnahme zur Vereinfachung gewesen. Ebenso ver-fehlt sei aber heute die Hinaufsetzung der Dienstaltersgrenze. Es sei endlich an der Zeit, daß das Dienststrafrecht und das Beamtenvertretungsrecht komme.

Abg. Klausmann (Komm. P.) bekämpft die heutige Finanz- und Wirtschaftspolitik, die nur die breiten Massen belaste. Die Kommunisten lehnen den Finanzzetat ab.

Eingegangen sind weitere Anträge zum Finanzgesetz. Gegen 1 Uhr wird die Beratung abgebrochen. Nächste Plenarsitzung Dienstag vormittag 8 Uhr. Heute nachmittag 3 Uhr finden Fraktions- und danach Aus-schüßsitzungen statt.

### Die Rheinregulierung

#### vom Verkehrsausschuß angenommen

Der Reichstagsausschuß für Verkehrsangelegenheiten stimmte am Donnerstag dem deutsch-schweizerischen Vertrag betr. die Rheinregulierung Straßburg-Neßl und Stein zu, nachdem der Auswärtige Ausschuß, wie gemeldet, bereits am Mittwoch seine Zustimmung erteilt hatte.

### Der 70. Geburtstag Eduard Jenmanns

Die Feier des 70. Geburtstages des Handwerkskammer-präsidenten Eduard Jenmann in Bruchsal, gestaltete sich am Donnerstag zu einer großen Ehrung des Jubilars. Im Hotel „Keller“ hatten sich die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, mehrerer Handwerkskammern, der ge-werblichen Organisationen und sonstiger Körperschaften, so-wie zahlreiche Handwerkskollegen eingefunden. Die eine Seite des Saales war angefüllt mit Blumengebinden, Körben, Ehrenschonken, eingerahmten Urkunden usw., die mit einer langen Reihe von Ansprachen und Glückwünschen überreicht wurden. Die Glückwünsche der badischen Staatsregierung übermittelte Regierungsrat Dr. Kestle. Umrahmt waren die Ansprachen, aus denen die herzliche Würdigung der Verdienste des Jubilars für das Handwerk und seine Vaterstadt Hang, von Musik- und Gesangsvorträgen. Jenmann dankte zum Schluß mit bewegten Worten für all die Ehrungen, und er-mahnte die Jugend, sich ein gutes Nützzeug für den Daseins-kampf anzueignen. An die Feier schloß sich ein gemeinsames Mittagessen an.

### Der Zugverkehr am Karfreitag

Am Karfreitag, dem 19. April, wird in vielen Fabrikbetrie-ben nicht gearbeitet. Es fallen daher auf den Strecken Wülfer-dingen-Pforzheim-Mühlader, St. Georgen (Schw.)-Willingen (Schw.)-Singen (Hohentwiel) und Rarbach (Baden)—Bad Dürrenheim einige hauptsächlich dem Arbeiterverkehr die-nende Personenzüge aus. Dagegen sind bei anderen Zügen weitere Zugshalle vorgesehen worden. Näheres ist aus den Bekanntmachungen an den Fahrtarten-schaltern ersichtlich.

### Baden und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	11. April		10. April	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168.09	168.43	168.05	168.39
Kopenhagen 100 Kr.	112.08	112.30	112.06	112.28
Italien 100 L.	21.945	21.985	21.945	21.985
London 1 Pfd.	20.36	20.40	20.350	20.399
New York 1 D.	4.185	4.193	4.185	4.193
Paris 100 Fr.	16.375	16.425	16.375	16.425
Schwiz 100 Fr.	51.13	51.229	51.11	51.27
Wien 100 Schilling	58.97	59.09	58.965	59.085
Prag 100 Kr.	12.397	12.417	12.395	12.415

**Wegen des Verfalls über geschäftliche Schwierigkeiten von Firmen**

Die Handelskammer Karlsruhe hat vor einiger Zeit in einer Entschliessung mit aller Schärfe gegen die Weiterverbreitung von haltlosen Gerüchten über geschäftliche Schwierigkeiten angefahren und durchaus gut fundierter Firmen Stellung genommen. Da derartige üble Nachreden und Verleumdungen geeignet sind, Ansehen und Kredit der betroffenen Firmen in weiten Kreisen zu schädigen, hatte die Handelskammer, wie in der Entschliessung weiter ausgeführt wurde, mit der Staatsanwaltschaft Fühlung genommen, um eine Bestrafung solcher unverantwortlicher Krisenmacher zu erreichen.

Die Staatsanwaltschaften haben daraufhin auch schon in mehreren Fällen anerkannt, daß die Bekämpfung dieser die Wirtschaft gefährdenden Schwärzereien im öffentlichen Interesse liegt und infolgedessen öffentliche Klage erhoben. So konnte erst vor kurzem die Verurteilung eines Kaufmanns aus Mannheim, der über eine alleingefessene und als durchaus leistungsfähig bekannte Firma aus dem Bezirk der Handelskammer Karlsruhe unwahre Behauptungen über deren Ruf und Kreditwürdigkeit aufgestellt hatte, durchgeführt werden. In einer Zeit, wo es der Zusammenfassung aller Kräfte bedarf, um diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu meistern und in der jede unndtliche Beunruhigung des Wirtschaftslebens vermieden werden sollte, sind solche Urteile durchaus zu begrüßen.

**Vorstand-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG.** In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der Hauptversammlung am 22. Mai für das Geschäftsjahr 1929 aus einem Reingewinn einschließlich Vortrag von 2,94 (3,04) Millionen Reichsmark nach erhöhten Abschreibungen von 2,24 (1,73) Millionen Reichsmark, eine Dividende von wieder 10 Prozent zur Verteilung auf das 25 Millionen Reichsmark betragende Aktienkapital vorzuschlagen.

**Badische Uhrenfabrik AG, Furtwangen.** Der Hauptversammlung am 3. Mai wird eine erneute Sanierung durch Kapitalzusammenlegung 10:1 auf 40 000 RM mit Wiedererhöhung auf 800 000 RM vorgeschlagen, zwecks Deckung des Verlustes aus 1928/29. Ende 1928 war bereits das Kapital von 1,2 Millionen Reichsmark 3:1 auf 400 000 RM zusammengelegt worden.

**Der Londoner Feingoldpreis.** Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 9. April d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10/16 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7495 pence.

**Gemeinderundschau**

**Der Heidelberger Voranschlag genehmigt**  
Der Heidelberger Bürgerausschuss hat die Voranschlagsberatung am Donnerstag beendet. Das Heidelberger Stadttheater wird geschlossen und die vom Stadtrat bereits beschlossenen Erhöhungen der Umlage und der städtischen Werkstätte werden in Kraft gesetzt.

Da von dem ungedeckten Aufwand mit 4 761 384 RM durch die bisherigen Umlagesätze nur 3 189 806 RM gedeckt werden können, wurden für die restlichen 1 571 578 RM gemäß dem städtischen Voranschlag bestimmten Deckungsmittel angenommen, die in Erhöhung der Gemeindesteuer auf 250 Hundertteile, der bisherigen Steuergrundbeträge, Erhebung einer Strafreinigungsgebühr von 10 Pf auf je 100 RM Friedenssteuerwert, Erhöhung des Gas- und Elektrizitätspreises um je 2 Pf, Erhöhung des gemeindlichen Zuschlages zur Hundesteuer um 12 M, Einführung einer Kanalgebühr von 2 Pf, je 100 Mark Friedenssteuerwert und Erhöhung der Anlagebeiträge von 10 auf 22 M je laufenden Meter Beschäftigung, Steigerung der Mütze für Schulhausneubauten in Höhe von 20 000 RM und Beitrag der Holz-Industrie AG. mit 10 000 RM bestehen.

Die Sitzung selbst dürfte in der Geschichte des Heidelberger Bürgerausschusses ohne Beispiel sein; da der Stadtrat in einer kurz vorher abgehaltenen Sitzung beschlossen hatte, Anträge der Vereinigten bürgerlichen Gruppen (Deutschnationalen) und der Kommunisten zum Voranschlag abzulehnen, verließen die letzteren noch vor Beratungsbeginn den Saal, die Kommunisten dagegen versuchten mit wüstem Rabau und ständigen Forderungen der Abstimmung über ihre Anträge — was nach der Gemeindeordnung nicht mehr möglich ist, sobald der Stadtrat abgelehnt hat —, die Versammlung zu terrorisieren.

**Das Badener Theater wird am 1. August d. J. geschlossen**

Die Budgetdebatte des Baden-Badener Bürgerausschusses fand am Donnerstag mit der Annahme des Voranschlages mit allen gegen 2 Stimmen ihren Abschluß. Die Theaterfrage ist somit gemäß dem Vorschlag des Stadtrates dahin erledigt, daß die städtischen Schauspiele am 1. August zu befehlen aufhören. Falls aber von Seiten der Schauspieler in nächster Zeit Vorschläge kommen, die ein Weitergehen mit einem Zuschuß von insgesamt 100 000 RM in der Zeit vom 1. April 1930 bis zum 1. April 1931 ermöglichen, so soll dem im sozialen Interesse stattgegeben werden.

Die Balanzierung des Budgets wurde erreicht einerseits durch die Aufhebung des eigenen Theaters, durch Abstriche im Gehaltsbetrage von 150 000 RM in allen Ressorts, ferner durch Erhöhung der Bauamtsgebühren, der Schlachthofgebühren und der Kurlage, welche letztere durch eine Neueinteilung der Gastwirtschaftsbetriebe auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Ein rechnerisches Defizit von 500 000 RM wurde auf fünf Jahre verteilt. Die jetzt fällige Rate wurde aus Rücklagen gelöst. Die in der Debatte zahlreich gestellten Wünsche und Änderungsanträge wurden sämtlich abgelehnt, da das Budget so angepannt ist, daß es unmöglich gewesen wäre, sie irgendwie unterzubringen. Einzig der Antrag, den Arbeitslosen im Bedarfsfalle eine Weihnachtshilfe zu gewähren, wurde angenommen.

**Bürgermeisterwahl.** Mit 38 von 41 Stimmen wurde in Ruggenried (Amt Waldshut) Bürgermeister Emil Kaiser, der seit 30 Jahren als Ratsschreiber bzw. Bürgermeister im Dienste

der Gemeinde steht, zum Ortsoberrichter wiedergewählt. Sämtliche 38 abgegebene Stimmen fielen auf Kaiser.

**Die Freiburger Voranschlagsberatungen verlagert.** In Freiburg sollten am Mittwoch die Beratungen über den städtischen Voranschlag 1930 beginnen. Oberbürgermeister Dr. Bender gab aber am Schluß seiner Ausführungen über die Auswirkungen des badischen Finanzgesetzes den Beschluß bekannt, wonach die eigentlichen Beratungen des Voranschlages auf unbestimmte Zeit, das heißt bis zu jenem Zeitpunkt vertagt werden sollen, an welchem endgültige Unterlagen von Seiten des Landes und des Reiches vorliegen.

**Der Lörracher Voranschlag ohne Umlagerhöhung.** Die Stadtverwaltung Lörrach unterbreitete dem Bürgerausschuss dieses Mal besonders frühzeitig den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930/31. Er enthält an Einnahmen 1 686 000 RM (im Vorjahre 1 727 000 RM), an Ausgaben 2 205 000 RM (2 244 000 RM), so daß ein ungedeckter Aufwand von 519 000 Reichsmark (517 000 RM) verbleibt. Infolge Einschränkung kleinerer nur ganz notwendiger Arbeiten ist es möglich, die Gemeindesteuer auf dem vorjährigen Satz zu belassen. Wegen der schlechten Wirtschaftslage mußten im neuen Voranschlag verschiedene Kürzungen vorgenommen werden. Der gesamte Fehlbetrag beläuft sich auf 110 000 RM. Wie im Vorjahre, so nehmen auch dieses Mal die Ausgaben für Fürsorgewesen, Wohlfahrtspflege, Gesundheits- und Krankenpflege den Höchstbetrag unter den Ausgaben ein, und zwar insgesamt 325 450 RM (329 150 RM).

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**ld. Heidelberg, 10. April.** Der Verwaltungsrat der Reichspost hat für den Erwerb von Gebäuden sowie Bauten der Reichspost in Heidelberg den Betrag von 168 000 RM bewilligt und diesen Betrag in den Haushalts für 1930/31 gestellt.

**D. Schweigen, 10. April.** Von verschriebenen hiesigen Landwirten wurden in diesen Tagen bereits die ersten Spargel gestochen. Man kann in diesem Jahre mit einem außerordentlich frühen Beginn der Spargelernte rechnen.

**W. Offenburg, 10. April.** Bei einem Schülerausflug explodierte heute ein Spiritusflöcher, wodurch ein Knabe schwer, ein anderer leicht verletzt wurde, während ein dritter nach Anlegung eines Notverbandes aus dem Offenburger Krankenhaus entlassen werden konnte. Es handelt sich um Schüler der vierten Klasse.

**D. Schluchsee, 10. April.** Nachdem der letzte Durchstich des Schluchseestollens gegen den See zu in den letzten Tagen gelungen ist, wird jetzt fieberhaft gearbeitet, das vor dem Schieber liegende losgelagerte Material herauszuschaffen. Es dürfte demnach in den nächsten Tagen damit zu rechnen sein, daß der Ablauf des Sees gegen den Lochbach beginnt. Inzwischen werden an den Baustellen Langerfelsen und Kirchalde die großen Betonpfeiler erstellt. Am 23. April soll abdammt hier mit der Ausbetonierung des Stollens begonnen werden.



## Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

### Für die Großputzerei

empfehlen wir unseren verehrlichen Mitgliedern:

**Bürsten und Besen aller Art, Bodenreinigungsmittel, Seifen in verschiedenen Sorten und Preislagen**

**Seifenflocken, Sauerstoff-Waschmittel „Famos“**

**Putzmittel Rino, Amo, Jumbo, Geolin usw.**

**Fensterleder, Scheuer- und Parketttücher zu niedrigsten Preisen!**

*Abgabe nur an Mitglieder!*

R.300

## Ihre Osterschuhe

kaufen Sie

**in nur erstklassiger Ware**  
und bekannt idealen Paßformen jetzt zu **sehr billigen Preisen**

R.296 im

### Teil-Ausverkauf!

Reformhaus Neubert, Karlsruher Str. 29a

## CHRISTIAN SPANAGEL

ZUCKERWAREN-u.SCHOKOLADENHAUS  
KARLSRUHE, KRONENSTR. Nr. 48  
vormals Ebersberger & Rees • Kleinverkauf

### Oster-Ausstellung

in Schokolade-Hasen  
u. -Eier, Milch u. Schmelz  
Zuckerhasen, rot u. braun  
Karamell in allen Größen

Marzipan- und Nugat-Eier  
u. -Hasen, Creme-, Dessert-  
u. Trinkeier mit verschiedener  
Füllung, Pralinen- u. Bonbon-  
Eier, Atrappen-Hasen u. -Eier

R.298

Reichhaltigste Auswahl - Allgemeine Rabattmarken

### Schmerzen die Füße

dann gehen Sie  
ins Supinatorium



Durch sorgfältige Prüfung im patent. May-Spiegel

Fußspiegeluntersuchung durch Supinator-Spezialistin kostenlos.

Thalysia-Alleinverkauf:

**Reformhaus „Alpina“ O. Hanisch**  
Ish. Geschw. Krey  
Kaiserstr. 32, Haltestelle Kronenstr. • Telephon 876  
R.2-8



Es kommt immer auf das **„Wo“** an

„Wo“ an

Die Einkaufsstelle für **Nebermann**

Debege

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.  
Karlsruhe, Kronenstr. 40  
Das große Kaufhaus

Bei uns kaufen Sie jetzt **Herren-, Damen-, Kinder-Konfektion**  
Wäsche, Schuhe, Teppiche, Gardinen.  
**Linoleum, Läuferstoffe u. s. w.**  
und beginnen mit den **Raten** erst nach den Feiertagen.

mit bequemer Zahlungs-Erleichterung

## COLOSSEUM

Heute 8 Uhr

### Das tolle Mädel

Schwank in 3 Akten  
von Hugo Lindemann

Am Sonntag, 13. d. M.,  
zum letztenmal